



Belinda Bencic
Ihre Karriere begann auf dem Garagenvorplatz
SPORT 11



FORSTMESSE
20. - 23.8.15 Messe Luzern

Frank-Walter Steinmeier
Der deutsche Aussenminister traf Bundesrat Didier Burkhalter
INLAND 5

Reformprojekt sieht 840 Franken mehr AHV vor

Altersvorsorge Berufstätige müssen dafür mehr einzahlen und Frauen bis 65 arbeiten

VON ANNA WANNER

Die gute Nachricht zuerst: Gelingt die Reform, erhält jeder Rentner 70 Franken mehr AHV. Pro Monat. 840 Franken im Jahr. Die schlechte Nachricht: Der Zusatz ist nicht gratis. Mit dem Betrag wird in der ersten Säule (AHV) kompensiert, was in der zweiten Säule (Pensionskasse) künftig durch den tieferen Umwandlungssatz wegfällt. Weil der Rentner weniger aus der berufli-

chen Vorsorge erhält, hat er trotz AHV-Erhöhung nicht unbedingt mehr Geld im Portemonnaie. Das Ziel der Rentenreform ist denn auch, das heutige Leistungsniveau zu erhalten.

Wirtschaft lehnt AHV-Beitrag ab
Obwohl die SP bei der Erhöhung des Frauenrentenalters und der Senkung des Umwandlungssatzes unterlag, bejubelt sie den «Teilerfolg», wie sie im Communiqué schreibt. Es überwiege

das Positive. Denn zum ersten Mal seit 20 Jahren wolle das Parlament die AHV erhöhen - allerdings nicht so stark, wie von den Gewerkschaften in ihrer Initiative gefordert.

Mit den Massnahmen, welche die ständerätliche Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK) gestern präsentierte, können sich FDP, SVP und Wirtschaftsverbände nicht anfreunden. Die erwähnte AHV-Erhöhung müsste nämlich über höhere Lohnbei-

träge bezahlt werden. Die Wirtschaftsverbände warnen, die Massnahme schwäche nicht nur das Hochlohnland Schweiz dauerhaft. In der angespannten Wirtschaftslage sende sie auch falsche Signale an die Unternehmer. Die Verbände schlagen einen Interventionsmechanismus vor. Erst wenn die Finanzen in Schieflage geraten, soll der Bund eingreifen - zur Not mit einer Erhöhung des Rentenalters.

KOMMENTAR RECHTS, SEITEN 2/3

KOMMENTAR

Endlich Sicht aufs Ganze

Die Reform der Altersvorsorge steht seit Jahren unter einem schlechten Stern. Das Volk hat die letzten Vorlagen regelrecht abgeschmettert. Die 11. AHV-Reform, mit welcher das Rentenalter erhöht und die Witwenrenten abgeschafft werden sollten, wurde 2004 mit 67,9 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt. Sechs Jahre später folgte die Abstimmung über die Senkung



von Anna Wanner

des Umwandlungssatzes: 72,7 Prozent der Stimmberechtigten und sämtliche Kantone sagten Nein.

Die Positionen zwischen Linken und Bürgerlichen liegen meilenweit auseinander. Und sie sind derart gefestigt, dass ein Kompromiss lange unmöglich erschien. Nichts als verbrannte Erde hinterliessen die Abstimmungen und politischen Grabenkämpfe. Umso erfreulicher, was die ständerätliche Sozialkommission jetzt zuwege gebracht hat: 13 Kommissionsmitglieder unterschiedlichster parteipolitischer Couleur haben sich zusammengerauft, um die Renten für die kommende Generation zu sichern. Auch wenn von den vielen Einzelmassnahmen einige nicht überzeugen mögen - Ziel und Stossrichtung stimmen: Die Altersvorsorge muss endlich reformiert werden. Das ist nur möglich, wenn alle Seiten Zugeständnisse machen.

Eine ausgeglichene Vorlage, ein Paket, das nicht zu einem einseitigen Abbau führt, ist die Grundlage für den Erfolg der Reform. Das letzte Wort hat das Volk, das sich erfahrungsgemäss gegen tiefere Renten wehrt, das aber in jedem Fall eine Erhöhung der Mehrwertsteuer bewilligen muss. Und diese wird wiederum nur dann erhöht, wenn das Frauenrentenalter und der Umwandlungssatz der beruflichen Vorsorge angepasst werden. Die einzelnen Massnahmen sind aneinandergelockert. Deshalb sind die Politiker gut beraten, die Vorlage nicht wegen einzelnen Details fallenzulassen. Jetzt zählt das grosse Ganze.

@anna.wanner@azmedien.ch



Der Natur so nah! Sie mögen die Einfachheit, sie mögen ihre Gäste und nehmen das Wetter, wie es kommt. Die Hüttenwartinnen sorgen für das Wohl der Berggänger. Ein neues Buch porträtiert zwölf Hüttenwartinnen - unter ihnen auch Gabi Aschwanden von der Fridolinshütte im Glarnerland. Was fasziniert die Frauen am Leben hoch oben, abseits der Zivilisation? SEITE 4

FOTO: STEPHAN BÖSCH

Gut bezahltes «Alibi-Gremium»

Vorstoss Verwaltungsrat der BDWM Transport AG in der Kritik

Als gut bezahltes «Alibi-Gremium», das in keiner Weise die wirtschaftliche Verantwortung trage, bezeichnet SVP-Grossrat Martin Keller den Verwaltungsrat der BDWM Transport AG. Keller stört sich daran, dass die sechs Mitglieder des Verwaltungsrates seiner Meinung nach zu hohe Entschädigungen kassieren. So erhalten die Mitglieder ohne besondere Aufgaben für vier Sitzungen pro Jahr je 10 000 Franken.

Der Vizepräsident wird mit 14 000 Franken entschädigt, der Präsident mit 32 000 Franken. Zudem erhalten alle sechs Mitglieder gratis ein Generalabonnement 1. Klasse.

In seiner Interpellation will nun Keller wissen, wie sich der Kanton Aargau als Hauptaktionär der BDWM Transport AG zu den hohen Bezügen stellt und wie er sie erklärt.

SEITE 21, KOMMENTAR SEITE 18

Ständeratswahl Aargau Bürgerliche kämpfen jeder für sich

Gestern machte die az-Meldung Furore, dass die nicht wieder antretende FDP-Ständerätin Christine Egerszegi für ihre Ratskollegin Pascale Bruderer (SP) wirbt. Das löste eine Flut von Online-Kommentaren aus. Es führte aber auch zur Frage: Wie arbeiten SVP, FDP und CVP, die eine Nationalrats-Listenverbindung eingegangen sind, im Ständeratswahlkampf zusammen? Schliesslich ist es ihr gemeinsames Ziel, die einst ungeteilte bürgerliche Ständesstimme zurückzuerobieren. Die Antwort ist ernüchternd. SEITEN 20/21

Energie Alle Kernkraftwerke sind vom Netz

In der Schweiz wird derzeit kein Atomstrom produziert. Nachdem am Freitag Beznau II wegen einer Revision abgestellt wurde, steht seit der Nacht zum Montag auch das AKW Gösgen still. Der Grund ist ein Problem im nichtnuklearen Teil des Kraftwerks. Damit speist keine der fünf Schweizer Anlagen aktuell Strom ins Netz ein. Gösgen soll aber bereits in dieser Woche wieder angefahren werden. Trotzdem bleibt die Frage: Was bedeutet die gleichzeitige Abschaltung für die Schweiz und ihre Kraftwerke? SEITE 9



INSERTAT

Wahlen, 18. Oktober 2015

Wir wählen für eine freie, unabhängige, neutrale Schweiz

Nationalrat

Kandidaten der Listen
CVP, FDP und SVP

Ständerat

Zwei der Kandidaten:
Humbel Naf Ruth, CVP
Knecht Hansjörg, SVP
Müller Philipp, FDP

Freiheitsliebende Bürger/innen